

März, Eduard

**Article**

## Die historischen Voraussetzungen des Credit-Mobilier-Bankwesens in Österreich

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Duncker & Humblot, Berlin

*Suggested Citation:* März, Eduard (1959) : Die historischen Voraussetzungen des Credit-Mobilier-Bankwesens in Österreich, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 79, Iss. 5, pp. 61-76, <https://doi.org/10.3790/schm.79.5.61>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290933>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Die historischen Voraussetzungen des Credit-Mobilier-Bankwesens in Österreich

Von

E d u a r d M ä r z - W i e n

**J o s e f A l o i s S c h u m p e t e r** hat einmal, gegenüber dem Autor dieser Zeilen, den Pariser Credit-Mobilier der Brüder **E m i l** und **I s a a c P e r e i r e** als eine der „explosivsten Erfindungen des 19. Jahrhunderts“ gekennzeichnet. Die revolutionäre Rolle, welche die „Gründungsbank“ im Wirtschaftsleben vieler west- und zentraleuropäischer Nationen gespielt hat, ist der Gegenstand vieler ausgezeichneten Monographien gewesen. In Österreich, in der die Credit-Anstalt eine kaum minder „explosive“ Wirkung auf das Wirtschaftsleben ausgeübt hat als der Pariser Credit-Mobilier, hat es — sieht man von dem Pionierwerk **F r i t z G. S t e i n e r s** „Die Entwicklung des Mobil-Bankwesens in Österreich“ (Wien 1913) ab — bis vor kurzem an einer gründlichen Arbeit in diesem Bereich gefehlt. Mit dem Erscheinen des Jubiläumswerkes „Ein Jahrhundert Creditanstalt-Bankverein“ (Wien 1957) ist dieses Versäumnis, wenn auch nur teilweise, **n a c h g e h o l t** worden. Im folgenden sollen in kurzen Zügen die historischen Voraussetzungen geschildert werden, die für die Gründung des österreichischen Credit-Mobilier bestimmend waren.

1855, das Gründungsjahr der „k.k. priv. öst. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe“, fiel in eine Periode, in der die Nachwehen der bewegten Märztage noch deutlich verspürbar waren. So tiefgehend und grundlegend waren die sozialen und wirtschaftlichen Neuerungen, die sich innerhalb eines Zeitraumes von nur wenigen Jahren zusammen-drängten, daß sich der berühmte Nationalökonom und Statistiker, **C a r l F r e i h e r r v o n C z o e r n i g**, im Jahre 1858 zu der Bemerkung veranlaßt sah:

„... Wer die heutigen Zustände von Gesamt-Österreich nach den Verhältnissen vom Jahre 1847 beurteilen wollte, der würde einen gewaltigen Anachronismus begehen; er stände mit seinem Urteil näher dem Jahre 1758 als dem Jahre 1858<sup>1</sup>.“

---

<sup>1</sup> Siehe „Österreich's Neugestaltung 1848—1858“ von **C a r l F r e i h e r r n v o n C z o e r n i g**, Stuttgart & Augsburg 1858, Vorrede S. IV.

Die oktroyierte Verfassung des Jahres 1849 war wohl auf Grund des Kaiserlichen Patentes vom 31. Dezember 1851 aufgehoben worden, der neue Absolutismus stand aber nicht mehr im Zeichen *Mettetrnichs*, sondern in dem des gewesenen Advokaten und Märzrevolutionärs *Alexander Bach*. Auf diese Weise wurde das Werk der Grundentlastung trotz der heftigen hochadeligen Opposition weitergeführt und in zäher Kleinarbeit ein institutioneller Rahmen geschaffen, in dem sich eine moderne kapitalistische Wirtschaftsordnung frei entfalten konnte. Zu den wichtigsten Maßnahmen des Neuabsolutismus auf wirtschaftspolitischem Gebiete gehörten die Errichtung eines Handelsministeriums (November 1848), die Bildung von Handelskammern (März 1850), die Aufhebung der Zollgrenzen zwischen den österreichischen und ungarischen Reichsteilen (Juli 1851), die Beseitigung des prohibitiven Zollsystems (November 1851), der Erlaß eines neuen Eisenbahn-Konzessionsgesetzes (September 1854) und einer freiheitlichen Gewerbeordnung (Dezember 1859). Freilich fügte das autokratische Regime in seinem Bestreben, jede freie politische Willensbildung zu unterdrücken, dem Wirtschaftsleben auch manchen Schaden zu, so durch das Vereinsgesetz vom Jahre 1852 und durch die Beseitigung der Autonomie der Gemeinden.

Es wäre verfehlt, den Vormärz als eine Periode absoluten wirtschaftlichen Stillstandes anzusehen, wie es manchmal geschehen ist. In vielen Industriezweigen kam es zu bahnbrechenden technischen Neuerungen, wie z. B. zur Einführung der Spinnmaschine, des Puddelprozesses und der Dampfmaschine. Im dritten Jahrzehnt wurden Dampfmaschinen und andere mechanische Betriebsmittel, wie Pumpen, Pressen und Kesselanlagen, in österreichischen Werkstätten erfolgreich hergestellt. Unter den neuartigen Produktionszweigen des Vormärz finden wir nicht allein Maschinenfabriken, sondern auch Betriebe zur Herstellung von Rübenzucker, Stearinkerzen, Leuchtgas, Schwefelsäure, Salmiak und anderen Chemikalien<sup>2</sup>. In die dreißiger Jahre fiel auch die Entstehung der ersten modernen Großbetriebe, die auf dem Prinzip weitgehender Arbeitsteilung und der Ausnützung der Dampfkraft beruhten. Die weitaus bedeutendsten unter diesen waren die Eisenbahnen, von denen das gesamte Wirtschaftsleben mächtige Impulse erhielt.

Allein trotz gewisser nicht abzuleugnender Fortschritte im einzelnen, macht das wirtschaftliche Gesamtbild um die Mitte des 19. Jahrhunderts den Eindruck der Stagnation und des Nachhinkens gegenüber dem Westen. Auf Gebieten, die mehr als zwei Drittel der Gesamtfläche des Reiches ausmachten, namentlich in Galizien, Siebenbürgen, Kroa-

<sup>2</sup> Vgl. *Johann Slockar*, „Geschichte der österreichischen Industrie und ihrer Förderung unter Kaiser Franz I.“, Wien 1914, Seite 612 ff. — Ferner „Die Industrien von Wien“, Österreichische Revue 1865, 8. Band, Seite 157.

ten, Dalmatien, der Slowakei und in Teilen von Ungarn, waren im wesentlichen noch vorkapitalistische Wirtschaftsformen vorherrschend. Und selbst in den höher entwickelten Ländern, wie Böhmen, Mähren, Niederösterreich und der Steiermark, rührte der überwiegende Teil der gewerblichen Produktion von handwerksmäßig organisierten Betrieben her. Im Jahre 1852, das heißt drei knappe Jahre vor der Gründung der Credit-Anstalt, gab es in ganz Österreich 1334 Dampfmaschinen mit 52 943 Pferdekräften. Mehr als vier Fünftel von diesen entfiel auf die Lokomotiven und Dampfmaschinen der Verkehrsunternehmungen<sup>3</sup>.

Abgesehen vom Eisenbahnwesen, war der moderne Großbetrieb nur in wenigen Produktionszweigen zu finden. Selbst in einer der ältesten und bedeutendsten Industrien des Landes, der Hüttenindustrie, herrschte im Gründungsjahr der Credit-Anstalt der Kleinbetrieb noch vor. Nach den Angaben der österreichischen Eisenindustriellen stieg die jährliche Roheisenproduktion in den zwanziger Jahren von 1831 bis 1850 von rund 1½ Mill. Ztr. auf 3 Mill. Ztr. an\*. Nach 1850 kam es zu einer sprunghaften Erhöhung der Produktion, so daß im Jahre 1855 fast 5 Mill. Ztr. Roheisen auf dem Gebiete der Monarchie erzeugt wurden. Für die folgenden Jahre wird eine durchschnittliche inländische Erzeugung von über 6½ Mill. Ztrn. angenommen. Dieses Quantum von Roheisen wurde gemäß dem Bericht der Eisenindustriellen in 278 Hochöfen erzeugt, was einer Durchschnittsproduktion von rund 23 380 Ztrn. pro Hochofen entspricht<sup>4</sup>.

Kombinierte Eisenwerke, die mehrere Phasen der Erzeugung und Verarbeitung umfaßten, fehlten zu dieser Zeit fast völlig. Es gab freilich einige Ausnahmen, darunter die Eisenwerke zu Zöptau auf der Herrschaft Wiesenberg, die von den Industriellen und Bauunternehmern Gebrüder Klein zu einem Großunternehmen ausgebaut wurden, das Hütten, Walzwerke, Schleifereien und Werkstätten umfaßte. Auch die Eisenwerke zu Blansko in Mähren und die Witkowitzer Eisenwerke unterschieden sich von den vielen Hunderten von Zwergbetrieben durch die Größe und verhältnismäßige Neuheit ihrer Anlagen. Namentlich das letztere Unternehmen hatte sich den Ruf eines technischen Neuerers durch die Aufstellung des ersten Kokshochofens und durch die Einführung des englischen Puddelprozesses erworben<sup>5</sup>.

<sup>3</sup> Siehe „Erhebung der k.k. statistischen Zentralkommission“, zitiert in „Die Presse“, Wien, 10. Juni 1864.

\* Hier und später sind *Zollzentner* gemeint, die 50 kg betragen.

<sup>4</sup> Siehe „Denkschrift der österreichischen Eisenindustriellen“, zitiert in *Austria*, *Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 10. Jahrgang, 1858, Seite 209 ff.

<sup>5</sup> Vgl. *Slovakar*, a.a.O., Seite 447, 465, 466. Ferner *Georg Deutscher*, „Karl Freiherr von Reichenbach“, *Österreichisch-Ungarische Revue*, Neue Folge, 5. Band, 1888, Seite 322 ff.

Das Überwiegen des Kleinbetriebes in der Eisenindustrie, wie in anderen Sektoren der gewerblichen Wirtschaft, muß in einem erheblichen Ausmaß auf die geringe Verwendung mineralischer Brennstoffe zurückgeführt werden. Wiederholt stößt man in dieser Periode auf die Klagen von Industriellen und Technikern über das stetige Ansteigen der Brennholzpreise — eine Folge der raschen Abholzung und der hohen Frachtkosten des „sperrigen“ Holzes. Nur der Bau von Eisenbahnen war geeignet, diesem Übelstand abzuhelfen, aber das österreichische Eisenbahnnetz entwickelte sich schleppend und führte frühzeitig zu Mißbräuchen auf dem Gebiete der Tarifpolitik<sup>6</sup>.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Gewinnung von mineralischen Brennstoffen (Stein- und Braunkohle) nur unbedeutend. Im Jahre 1819 wurde eine jährliche Produktion von rund 1 700 000 Ztr. festgestellt. 30 Jahre später, in dem kritischen Jahre 1848, betrug die jährliche Gewinnung rund 17 700 000 Ztr., das ist das rund 10<sup>1/2</sup>fache des Basisjahres. Im Gründungsjahr der Credit-Anstalt, also 7 Jahre später, war die Erzeugung von mineralischen Brennstoffen auf 36 400 000 Ztr. angestiegen. Der rasche Fortschritt seit dem Jahre 1848 ist so unverkennbar. Freilich erscheinen diese Daten in einem weniger günstigen Licht, wenn man sie mit den Produktionsziffern des benachbarten Preußen vergleicht. Hier erreichte die Produktion von mineralischen Brennstoffen bereits im Jahre 1845 eine Höhe von 70 Mill. Ztr.<sup>7</sup>.

Es kann unter diesen Umständen kaum überraschen, daß der gewerbliche Großbetrieb vor allem in einem Produktionszweig zu finden war, wo das Wasserrad noch immer als die häufigste Form des maschinellen Antriebes diente, in der mechanischen Baumwollspinnerei. Hier waren die ersten großen Fabriken bereits zu Beginn des Jahrhunderts entstanden. Im Jahre 1811 zählte die Pottendorfer Baumwollspinnerei 38 880 Spindeln und beschäftigte an 1800 Menschen. Fabriken geringeren Umfanges wurden nicht bloß in Niederösterreich, sondern auch in Böhmen, Tirol und Vorarlberg gegründet. Im Jahre 1854 wurden in ganz Österreich 189 Baumwollspinnereien mit 1 533 243 Spindeln gezählt. Niederösterreich mit 47 Fabriken und 569 979 Spindeln war das Land, wo die betriebliche Konzentration das höchste Ausmaß erreichte.

Im Gegensatz zur Baumwollspinnerei war die Weberei — ungeachtet des Rohstoffes, den sie verarbeitete — noch immer auf den ehrwürdigen manuellen Methoden vergangener Jahrhunderte begründet. In einem Bericht der Wiener Handels- und Gewerbekammer über die

<sup>6</sup> Vgl. „Die Gegenwart der österreichischen Industrie“, Österreichische Zeitung, Wien, 13. Februar 1859. Bezüglich der Mißbräuche auf dem Gebiete der Tarifpolitik siehe „Die Presse“, 8. Juni 1858.

<sup>7</sup> Vgl. Rossiwall, „Die Entwicklung des Mineralkohlenbergbaues in Österreich“, Statistische Monatsschrift, III. Jahrgang, Wien 1877, Seite 11 ff.

Jahre 1854 bis 1856 wird festgestellt, daß die mechanische Weberei in Niederösterreich „noch sehr schwach vertreten ist“. Freilich hatten die Handwerker zu dieser Zeit längst ihre finanzielle Unabhängigkeit verloren. Ihr Verhältnis zum „Verleger“, der ihnen das Rohmaterial beistellte und das Fertigprodukt abnahm, war im wesentlichen das der modernen Lohnarbeit.

Die Jahre 1848 bis 1855 standen im Zeichen eines wirtschaftlichen Aufschwunges, der sich vorteilhaft gegen den Hintergrund der trägen Entwicklung des Vormärz abhob. Der raschere Pulsschlag der österreichischen Wirtschaft mag hauptsächlich von einer günstigen westeuropäischen Konjunktorentwicklung verursacht worden sein. Es unterliegt jedoch geringem Zweifel, daß die liberale Wirtschaftspolitik des Neuabsolutismus — dessen radikalste Maßnahmen die Beseitigung des Prohibitivsystems und die Vollendung der Grundentlastung waren — erst die Voraussetzungen schuf, die es Österreich gestatteten, an der günstigen konjunkturellen Entwicklung Westeuropas teilzunehmen.

Der liberale Wirtschaftskurs der Regierung fand nicht den ungeteilten Beifall der österreichischen Industriellen. Im allgemeinen erblickte man in diesen Kreisen in dem modernen Zollsystem, das durch einen Handelsvertrag mit dem Zollverein im Jahre 1853 noch weiter gelockert worden war, eine schwere Gefährdung der wirtschaftlichen Interessen Österreichs. Aber bis zur Krise des Jahres 1857 war der Widerstand unter den Industriellen nur vereinzelt und unorganisiert. Die Schockwirkung der liberalen Wirtschaftspolitik mag freilich durch die Schwankungen des „Silberagios“ einigermaßen abgedämpft worden sein. Seit der Papiergeldwirtschaft des Jahres 1848 war die Einlösung der Banknote in Silber von seiten der Nationalbank unterblieben. Die Banknote war im Inland mit dem „Zwangskurs“ ausgestattet worden, aber im Auslande, das zur Anerkennung der Gleichwertigkeit des Papiergeldes mit der Silbermünze nicht verhalten werden konnte, wurde das österreichische Papiergeld mit einem, durch die Zeitumstände bedingten, mehr oder minder hohen Agio gehandelt<sup>8</sup>.

Die Schwankungen des Silberagios haben den Gegenstand so mancher gelehrten Untersuchung des 19. Jahrhunderts abgegeben<sup>9</sup>. Sie spiegelten nicht bloß das gelegentliche Mißverhältnis wider, das zwischen der staatlichen Papiergeldausgabe auf der einen Seite und der durch den Waren- und Dienstleistungsverkehr bedingten Nachfrage

<sup>8</sup> Vgl. Reinhard Kamitz, „Die österreichische Geld- und Währungspolitik von 1848—1948“ in „Hundert Jahre österreichische Wirtschaftsentwicklung“, Wien 1949, Seite 128 ff.

<sup>9</sup> Vielleicht die beste dieser Untersuchungen ist Wilhelm Lesigang, „Die Ursachen des Agio und seiner Schwankungen in Österreich“, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (herausgegeben von Hildebrand & Conrad), 27. Band, Seite 209—245; ferner 28. Band, Seite 205—293.

nach dem Gelde auf der anderen Seite bestand, sondern sie registrierten daneben ungezählte feinere Einflüsse, die den Zustand der österreichischen Staatsfinanzen berührten. Kriegerische Ereignisse, der Sturz einer Regierung, die Ankündigung eines Budgetdefizits und nicht zuletzt die von geschickten „Faiseurs“ in Szene gesetzten Valutaspekulationen führten zu häufigen und manchmal krassen Änderungen an dem Kurs der österreichischen Währungseinheit. Die nachstehende Tabelle vermittelt einen Eindruck von den Schwankungen des Silberagios in den Jahren 1848 bis 1855.

Jahr	niedrigster Kurs	höchster Kurs	Durchschnittskurs
1848	101	117	109.36
1849	105	127	113.85
1850	111	150	119.82
1851	116.75	134	126.05
1852	110	125	119.45
1853	107.75	116.75	110.57
1854	114.75	146.60	127.85
1855	109.12	129.25	120.90

Es ist klar, daß ein Steigen des Silberagios — unter der Annahme sonst gleichbleibender Verhältnisse — auf eine Reduktion des österreichischen Preisniveaus relativ zu dem des Auslandes hinauslief, während ein Fallen des Silberagios von den umgekehrten Folgen begleitet war. In einer Periode, in welcher der Geldwert dauernd Schwankungen ausgesetzt war und die Tendenz einer progressiven Entwertung der österreichischen Währung vorherrschte, empfing die Exportindustrie eine nicht unbeträchtliche Ausfuhrprämie. Andererseits mußte die gleichzeitige Verteuerung der ausländischen Waren der heimischen Industrie einen Schutz gegenüber der Konkurrenz des Auslandes bieten.

Aber das Silberagio dieser Jahre war kein ungetrübter Segen. Er bescherte dem legitimen Handel ein spekulatives Moment, das einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung abträglich war. Ein Kenner der damaligen Verhältnisse kennzeichnet die Auswirkung des Silberagios in der folgenden Weise:

„Es entsteht eine wilde Spekulation in Kolonialwaren, in Rohstoffen, namentlich in Schafwolle, in Raps- und Rüböl; in Kammgarn spekulierten nicht nur die Händler, sondern auch Private — der Seidenhandel wird ein Hasardspiel genannt. Das Charakteristische jeder Papiergeldwirtschaft, daß sie jedem Geschäft den Charakter des Spiels aufdrückt, findet sich jetzt schon in dem Geschäftsleben Österreichs. Und welch unbilliges Spiel, diese Valutaschwankungen, wo jeder mitspielen muß und wo die Schwächsten verlieren müssen<sup>10</sup>.“

<sup>10</sup> Siehe K a r l K r a m a r, „Das Papiergeld in Österreich seit 1848“, Leipzig 1886, Seite 116.

Das stetige Schwanken des Geldwertes war unglücklicherweise nicht das einzige ernste Problem, vor das sich die Geschäftswelt dieser Ära gestellt sah. Die Geldansprüche des Staates schienen unersättlich, denn sie waren im Grunde genommen der Ausdruck einer tiefgehenden staatspolitischen Krise. Nach außen mußte Österreich die Position einer Weltmacht verteidigen, was ein gewaltiges militärisches Aufgebot notwendig machte. Im Innern galt es, ein rebellisches Ungarn und Italien niederzuhalten, und schließlich mußten die letzten Reste des Feudalstaates liquidiert und ein moderner zentralistischer Beamtenapparat aufgebaut werden.

In einer solchen Situation griff der österreichische Staat zu Mitteln, auf die noch kein lebenswilliges politisches Gemeinwesen in einer bedrängten Lage verzichtet hat: er erhöhte sein fiskalisches Einkommen und schuf sich zusätzliche Finanzquellen auf dem Wege der Begebung von Anleihen, denen er manchmal Zwangscharakter verlieh<sup>11</sup>. Der zunehmende Steuerdruck verkürzte das ohnehin knappe Betriebskapital der Geschäftswelt und schmälerte die Konsumbasis einer Gesellschaft, die noch kaum aus den Schalen der Naturalwirtschaft ausgekrochen war.

Aber weder Silberagio noch Steuerdruck können als zureichende Erklärung für den relativ langsamen Fortschritt der österreichischen Wirtschaft in dieser Ära angesehen werden. Das eigentliche Übel saß weit tiefer; es war dies die notorische Kapitalsnot der österreichischen Industrie und Landwirtschaft und der rudimentäre Zustand der Verkehrseinrichtungen, der die Herausbildung eines nationalen Marktes verzögerte. Die österreichische Wirtschaft bedurfte dringend eines Transportsystems und eines Bankwesens, wie es der Westen besaß. Aber beide Einrichtungen waren zur Zeit der Gründung der Credit-Anstalt noch in ihren Anfängen.

Zu Anfang des Jahres 1855 hatte das österreichische Eisenbahnnetz eine Ausdehnung von 2249 km. Diese an sich nicht unbeträchtliche Zahl von Schienenstraßen verteilte sich recht ungleichmäßig auf die einzelnen Reichsteile: Österreich verfügte über 1432 km, Ungarn über 480 km, und der italienische Teil (Lombardei-Venetien) über 337 km.

Die absoluten Zahlen vermitteln uns jedoch kein klares Bild über die damaligen Verkehrsverhältnisse. Aufschlußreicher sind Angaben über die relative Dichte des Netzes, die aus folgenden Daten ersicht-

<sup>11</sup> Dies gilt insbesondere für das Nationalanlehen vom Jahre 1854, das in der folgenden Weise zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurde: „Die Abnahme dieses Anlehens wurde den Bürgern und Korporationen zwangsweise auferlegt, indem sie einen auf Grund ihrer Steuerleistung bemessenen Betrag zeichnen mußten. Die Behörden gingen hiebei schonungslos vor und trieben die erpreßten Summen mittels Exekution ein.“

Fritz G. Steiner, „Die Entwicklung des Mobil-Bankwesens in Österreich“, Wien 1913, Seite 25.

lich ist: in Österreich entfielen 4,8 km Schienenstraßen auf 1000 km<sup>2</sup>, während in Ungarn bloß 1,5 km auf 1000 km<sup>2</sup> kamen. Man vergleiche mit diesen Daten die Ausdehnung des französischen Eisenbahnnetzes, das zu dieser Zeit aus mehr als 4822 km an Schienenstraßen bestand und eine Netzdichte von 9,7 km pro 1000 km<sup>2</sup> aufwies<sup>12</sup>.

Aber die Klagen der Zeitgenossen über die Mängel des österreichischen Verkehrswesens bezogen sich nicht bloß auf die geringe Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, sondern auch auf den unsystematischen Charakter der ganzen Anlage. Der Ausdau der Nord-Süd-Linie war zu dieser Zeit am weitesten gediehen. Vermittelt der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, einer Gründung des Hauses Rothschild, war Wien mit dem wichtigen Industrieort Brünn und mit dem Mährisch-Ostrauer Kohlenrevier verbunden. Annaberg, der damalige Endpunkt der Nordbahn, stellte die Verbindung zwischen dem preußischen und dem österreichischen Eisenbahnnetz her. Von Brünn zweigte auch eine Linie ab, die über Böhmisches Trübau und Prag nach Bodenbach führte, und Wien derart — auf einem nicht unbeträchtlichen Umweg — mit dem Königreich Sachsen in Verbindung brachte. Die letztere Linie war seit Jänner 1855 im Besitz der sogenannten Staatsbahngesellschaft, in der französische Interessen maßgebend waren. Die Südbahn, die zu diesem Zeitpunkt noch öffentlicher Besitz war, gewährte Wien — nach der Fertigstellung der Semmering-Bahn im Jahre 1854 — die direkte Verbindung mit der Stadt Laibach. Der Anschluß an die Hafenstadt Triest, den einzigen modernen Hafenplatz der Monarchie, erfolgte erst im Jahre 1857.

Aus dieser kurzen Darstellung erhellt, daß die Nord-Süd-Linie im Jahre 1855 noch in manchen wichtigen Belangen unvollständig war. Abgesehen von der fehlenden Verbindung nach Triest, gab es noch keinen Schienenweg, der von der Reichshauptstadt in das getreide- und rohstoffreiche Land Galizien führte. Aber auch wichtige Teile von Böhmen, wie die Industriegebiete von Pilsen und Reichenberg, entbehrten der Schienenverbindung mit dem Reichszentrum. Ebenso blieb auch die Lombardei von den Hauptteilen des Landes abgeschnitten.

Noch schlimmer war es in dem Gründungsjahr der Bank um die Ost-West-Linie bestellt. Ein Schienenweg von der Hauptstadt nach dem Westen fehlte völlig. Der Mangel einer Bahnverbindung mit Bayern wurde mit dem Hinweis auf die Dienste der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft entschuldigt. Aber es ist klar, daß die unregulierte und in den Wintermonaten nur schwer schiffbare Donau nur einen unvollkommenen Ersatz für einen modernen Schienenweg abgeben konnte.

---

<sup>12</sup> Vgl. Bericht des österreichischen Eisenbahnarchivs für das Jahr 1912 (Wien 1913), Seite 12.

Im Osten führte eine Linie von Marchegg über Preßburg nach Budapest. Auch diese Bahn war im Besitz der Staatsbahngesellschaft. Eine Schienenverbindung von Marchegg nach Wien war dem Reisenden nur über Gänserndorf zugänglich, was die Inanspruchnahme der Dienste der Nordbahn erforderte.

In Ungarn gab es nur wenige Teilstrecken von Bedeutung. Die Bahnverbindung Pest—Szegedin galt zur Zeit der Gründung der Credit-Anstalt als die wichtigste dieser Provinzbahnen. Ausgedehnte Gebiete der ungarischen Reichshälfte, wie Siebenbürgen und das Banat, deren Getreide- und Erzreichtum weit über die Landesgrenzen bekannt war, ermangelten noch völlig der Schienenverbindung mit den Verkehrszentren der Monarchie<sup>13</sup>.

Ein Wort mag hier auch am Platze sein über den Donauverkehr um die Mitte des Jahrhunderts. Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft hatte ihren Dienst bereits im September 1830 aufgenommen. Aber der unregulierte Zustand des Flusses und die Zoll- und Grenzschwierigkeiten in den russischen und türkischen Gebieten behinderten die Entwicklung der österreichischen Flußschiffahrt. Erst in den fünfziger Jahren trat eine merkliche Belebung ein, die zum Teil durch die Besetzung der Donaufürstentümer durch österreichische Truppen im Verlaufe des Krimkrieges bedingt war. Im Jahre 1856 besaß die Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft 100 Dampfer mit 10 183 Pferdekraften und 359 eiserne Schleppkähne. Sie war das einzige leistungsfähige Verkehrsunternehmen, das den getreide- und rohstoffreichen Osten mit den westlichen Teilen der Monarchie verband<sup>14</sup>.

Das österreichische Eisenbahnwesen, das zu Beginn der dreißiger Jahre zu vielen berechtigten Hoffnungen Anlaß gegeben hatte, befand sich so im Gründungsjahr des österreichischen Crédit Mobilier in einem unentwickelten torsoartigen Zustande. Unter dem neuabsolutistischen Regime kam es auch auf diesem Gebiete zu einer Revision der bisherigen Politik. Zu Anfang der fünfziger Jahre entfaltete der Staat — unter dem Einfluß des neuen Handelsministers Carl Freiherrn von Bruck — eine rege bauliche Tätigkeit. Allein der Ausbruch des Krimkrieges und die Politik der „bewaffneten Neutralität“, mit der die österreichische Regierung auf die orientalischen Wirren reagierte, verschärften die Not des österreichischen Fiskus. Die Weiter-

<sup>13</sup> Vgl. R ö l l, Enzyklopädie des Eisenbahnwesens, Band 5 (Wien-Berlin 1914, 2. Auflage). Das preußische Eisenbahnnetz übertraf das österreichische an Ausdehnung. Seine Streckenlänge betrug im Jahre 1856 3380 km. Siehe Max Wirth, „Geschichte der Handelskrisen“, Seite 47.

<sup>14</sup> Vgl. Der Volkswirt, 17. Juni 1865, „Die Erfolge der Donau-Dampfschiffahrts-Ges.“. Neben der Binnenschiffahrt spielte auch der Seeverkehr eine wachsende Rolle. In den Jahren 1852—1855 stieg die Einfuhr nach den österreichischen Häfen von 157 Mill. Gld. auf 171 Mill. Gld. und die Ausfuhr von 85 Mill. Gld. auf 131 Mill. Gld. Siehe K r a m a r, a.a.O., Seite 112.

führung des Eisenbahnbaues mußte neuerlich der privaten Initiative überlassen werden. In diesem Geiste wurde das Eisenbahnkonzessionsgesetz des Jahres 1854 geboren: es sah die Vereinfachung des Verfahrens bei der Erteilung der staatlichen Bewilligung vor; es dehnte die Konzessionsdauer auf 90 Jahre aus; und es stellte eine Zinsengarantie des investierten privaten Kapitals in Aussicht<sup>15</sup>.

B r u c k , der bald nach dem Erlaß des neuen Konzessionsgesetzes zum zweiten Mal in die österreichische Regierung eingetreten war — diesmal in der Eigenschaft eines Finanzministers — begriff sehr wohl, daß man mit Gesetzen allein keine Eisenbahnen bauen konnte. Dem ins Stocken geratenen Eisenbahnbau gebracht es nach der Ansicht des neuen Ministers an zureichenden Kapitalquellen. Die Errichtung eines österreichischen Crédit Mobilier erschien in dieser Situation der rettende Ausweg.

Als eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwunges, der zu Beginn der fünfziger Jahre einsetzte, machten sich neue Kreditbedürfnisse in der österreichischen Privatwirtschaft geltend. In einer berühmten Studie, die im Jahre 1855 erschien, charakterisierte L o r e n z v. S t e i n die damals herrschende Kreditnot mit den folgenden Worten:

„Es ist durchaus nicht leicht, sich ein klares Bild von diesem Umschwunge zu machen, der gerade hier fast mit einem Male in dem kurzen Zeitraum weniger Jahre, auf das tiefste in alle Zweige von Handel und Industrie hineingegriffen hat. Die Tätigkeit aller Unternehmungen mußte verdoppelt werden. Die Verdoppelung dieser Tätigkeit aber war gleichbedeutend mit einer Verdoppelung des Betriebskapitals. Ganz ähnlich wie bei der Landwirtschaft das Kapital notwendig ward durch die Befreiung der Arbeitskraft von der Robot, ward hier das Kapital notwendig durch die Befreiung von Prohibition, Zollschranken und anderen Fesseln, und durch die Annäherung an Deutschland und seine Märkte. Zu gleicher Zeit aber floß das bis dahin vorhandene Kapital in andere Kanäle ab, und so kam es denn in ganz einfacher Weise, daß bei den Unternehmungen aller Art sich eine Nachfrage nach Geld herausbildete, die für Österreich etwas ganz Außerordentliches, etwas Unerhörtes war. Das Creditbedürfnis zeigte sich hier, weil der Credit zu rasch gefordert wurde, als eine schwer auf dem ganzen gewerblichen Leben lastende Geldnot, und zwar vorwiegend als eine Geldnot für die mittleren und kleinen Unternehmungen<sup>16</sup>.“

Die Zahl der Kreditinstitute, an die sich der Kreditsuchende zu Beginn der fünfziger Jahre wenden konnte, war in der Tat sehr begrenzt. Da wäre zunächst die österreichische Nationalbank zu nennen, die von den Zeitgenossen oft als die „Bank“ schlechthin bezeichnet wurde. Das Kapital der „Bank“ betrug im Jahre 1850 bloß 31.9 Millionen Gulden österreichische Währung; aber schon zwei Jahre später

<sup>15</sup> Veröffentlicht im RGBl. Nr. 238, Seite 949 von 1854. Es ist interessant, festzustellen, daß das Konzessionsgesetz des Jahres 1854 im wesentlichen bis zum Jahre 1938 gültig blieb.

<sup>16</sup> Siehe „Die neue Gestaltung der Geld- und Credit-Verhältnisse in Österreich“, Wien 1855, (Verlag W i l h. B r a u m ü l l e r), Seite 42—43.

wurde es — in Anbetracht der sich mächtig regenden Kreditbedürfnisse — um 41.5 Millionen erhöht. Im Jahre 1855 — anlässlich der Errichtung einer Hypothekarabteilung — war es schließlich auf 110.1 Millionen Gulden angestiegen<sup>17</sup>.

Die Nationalbank, die im Jahre 1816 ins Leben gerufen worden war, hatte von Anbeginn eine Politik der bereitwilligen Akkomodierung aller fiskalischen Ansprüche betrieben. Den privaten Kapitalbedürfnissen hingegen waren Geldmittel nur in beschränktem Umfang und unter Anwendung der striktesten Kautelen zuteil geworden. Dem durchschnittlichen Geschäftsmann war der direkte Zugang zur Bank gewöhnlich versagt, denn die Bestimmungen der Bankordnung erforderten es, daß nur „dreifirmige“ Wechsel (oder „zweifirmige“ bei gleichzeitiger Hinterlegung eines Pfandes) als „bankfähig“ angesehen wurden. Auf diese Weise schalteten sich in den Verkehr zwischen Bank und Privatwirtschaft die sogenannten Großhandlungshäuser (oder Wechselhäuser) ein, was die Kosten der Geldbeschaffung für Handel und Gewerbe entsprechend erhöhte. Mit Recht konnte Lorenz von Stein in der oben erwähnten Studie feststellen: „Die Bank kannte die Masse des gewerblichen Volkes eben so wenig, als diese sie kannte.“

Die Interessensphäre der Privatbanken, wie man heute die Großhandlungshäuser bezeichnen würde, war recht weit gezogen, so daß man mit der Annahme nicht fehlgehen dürfte, daß ein verhältnismäßig geringer Teil ihrer Mittel im kurzfristigen Kreditgeschäft gebunden war. Einige ihrer hervorragendsten Vertreter, wie z. B. das Haus Rothschild, bezogen einen beträchtlichen Teil ihrer Einkünfte aus dem staatlichen Anleihegeschäft. Eine andere Einkunftsquelle war die Emission von Privatlosen, die die Finanzierung großer adeliger Besitztümer zum Gegenstand hatte. In den Börsenberichten der fünfziger Jahre stößt man wiederholt auf Wertpapiere, wie Windischgrätz-Lose, Waldstein-Lose, Esterhazy-Lose u. a. m. Auch industrielle Gründungsgeschäfte und die Finanzierung von Verkehrsunternehmungen wurden immer mehr zur Domäne einzelner großer Bankhäuser. In diesem Zusammenhange seien insbesondere die Häuser S. M. von Rothschild, Simon G. Sina und Arnstein et Eskeles hervorgehoben. Sterne zweiter Ordnung unter den Privatbanken dieser Periode waren D. Zinner, J. H. Stametz, Wodianer, Schnapper, Königswarter, J. G. Schuller, Uffenheimer, Perissuti u. a.<sup>18</sup>.

<sup>17</sup> Vgl. Handwörterbuch für Staatswissenschaften (Jena 1889), 1. Band, Art. „Aktiengesellschaften“, Seite 203.

<sup>18</sup> Siehe Johann Zapp, „Die Wirtschaftsgeschichte Wiens“, 1848—1888 (Wien 1888), Seite 266—267. Bezüglich der Zusammensetzung des Wechselportefeuilles der Nationalbank finden wir folgende interessante Bemerkung in der „Presse“ vom 6. Juli 1855 (Nr. 153): „Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß von den 65 Millionen,

Die Privatbankiers waren nicht allein von dem Umstand begünstigt, daß sie relativ leichten Zugang zu den Mitteln der Nationalbank hatten; ebenso vorteilhaft — von ihrem Standpunkt — war die Zinsfußpolitik der Bankleitung, die durch viele Jahre an dem starren Kurs von 4 Prozent festhielt. Erst im Jahre 1856, unter der Ägide des Finanzministers *Bruck*, wurde eine mehr flexible Zinsfußpolitik eingeschlagen. Aber selbst dann erhoben sich gelegentlich Stimmen, die den Mißbrauch des Bankkredits von seiten der Privatbanken rügten<sup>19</sup>.

Wie wenig die Eskomptepolitik der Nationalbank zu Beginn der fünfziger Jahre von den Interessen der Privatwirtschaft bestimmt wurde, ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Jahr	Umfang des Eskomptes	Stand am Schlusse des Jahres	
		Wechsel	Staatseffekten
1848	346.023.674	31.347.287	50.001.262
1849	330.874.338	28.099.210	53.351.512
1850	326.851.303	34.392.073	52.784.700
1851	349.542.415	37.528.523	46.379.139
1852	199.354.440	35.729.115	592.520
1853	231.935.293	52.923.475	524.361
1854	358.721.652	71.718.242	1.493.961

Der Umfang des Eskomptes war in den Jahren 1848 bis 1851 künstlich aufgebläht, da in den oben ausgewiesenen Umsatzzahlen auch „eskomptierte“ Staatspapiere inbegriffen sind. Erst die für das Jahr 1852 ausgewiesenen Zahlen geben ein einigermaßen verlässliches Bild über den tatsächlichen Umfang des Bankeskompts. Wie man aus der Tabelle ersieht, wuchs das Eskomptegeschäft der Bank in den Jahren 1853 bis 1854 rasch an. Hierfür waren nicht nur konjunkturelle Momente maßgebend, sondern auch der Ausbau des Filialgeschäftes und die im August des Jahres 1853 erfolgte Herabsetzung des für bankfähige Wechsel geltenden Mindestbetrages<sup>20</sup>.

Neben dem Eskompte von Handelswechslern betrieb die Nationalbank schon seit ihrer Gründung das Darlehnsgeschäft, das sich auf die Belehnung von Staatseffekten und Grundentlastungs-Obligationen beschränkte. Der Hauptzweck einer solchen Praxis bestand zweifellos

welche das Wiener Wechselportefeuille der Nationalbank bilden, nicht weniger als ein Drittel von bloß drei hiesigen Firmen herrührt; ein zweites Drittel fällt auf die Eskomptebank, den Überrest liefert das sonstige handelstreibende Publikum.“

<sup>19</sup> Vgl. insbesondere eine Note über die Wiener Börse im Frankfurter Aktionär, 17. Oktober 1860: „Der Herr *Bruck* hat am meisten in der Bank gesäubert, um den Kredit der Bank nicht zu Agiospekulationen zu mißbrauchen, wonach . . . (mit vollem Namen daselbst) der reichste Mann Österreichs wurde. Seit 1859 konnte er dies aber nicht, so daß alte Verhältnisse wieder einrissen.“ — Zitiert in *K r a m a r*, a.a.O., Seite 36, Fußnote.

<sup>20</sup> Siehe *J o h. B a p t. Z u g s c h w e r d t*, „Das Bankwesen und die priv. öst. Nationalbank“, Wien 1855, Seite 177—178.

darin, dem Kurs der staatlichen Papiere eine manchmal dringend benötigte Stütze zu gewähren. Seit dem Jahre 1842 befaßte sich die „Bank“ auch mit Geschäftszweigen, die auf die Erleichterung des Zahlungsverkehres abzielten. Beim Girogeschäft beschränkte sie sich darauf, für eine geringe Zahl von Kunden Wechsel einzukassieren und Zahlungen zu leisten. Auch das Anweisungs- oder Scheckgeschäft wurde in einem sehr beschränkten Ausmaß betrieben.

Es wäre schwierig zu sagen, wie groß das gesamte Kreditvolumen war, das für die Bedürfnisse des Warenhandels zur Verfügung stand. Neben den Mitteln der Nationalbank, die hauptsächlich auf dem Wege des Reeskompts dem Warenverkehr zuflossen, dürfte auch ein gewisser Teil des Eigenkapitals der Privatbanken im kurzfristigen Kreditgeschäft angelegt worden sein. Ferner begannen die österreichischen Sparkassen zu dieser Zeit — wenn auch nur zögernd und in geringem Umfange — einen Teil ihrer Kapitalien dem Eskomptgeschäft zuzuführen.

Bis zur Mitte des Jahres 1853 gab es kein einziges privates Aktienunternehmen, das sich mit dem Bankgeschäft im engeren Sinne befaßt hätte. Die Nationalbank, deren Aktien wohl im Besitz von Privatpersonen waren, mußte, wie früher bemerkt, als die einzige „Zettelbank“ des Landes vor allem den staatlichen Kreditwünschen Rechnung tragen. Der Mangel eines Finanzinstitutes, das größere Kapitalien auf assoziativer Basis verband, um diese dem Eskompte und den anderen „reinen“ Bankgeschäften routinemäßig zuzuführen, wurde überall akut empfunden<sup>21</sup>. Es kann kaum überraschen, daß die Initiative zur Überwindung dieses Zustandes aus den Kreisen der Privatbankiers kam, die besser als jede öffentliche Stelle das wachsende Kreditbedürfnis des Landes kannten und den Weg zur Abhilfe zu gehen vermochten.

Am 18. Juni 1853 wurde die kaiserliche Genehmigung zur Gründung der **Niederösterreichischen Escomptegesellschaft** erteilt — eines „Aktienvereines in Wien zu dem Zwecke, dem Handel und den Gewerben Niederösterreichs durch Escomptierung von Wechsell Geldmittel zu verschaffen“. Unter den Gründern der Bank befanden sich die bekannten Bankiers **D. B. Freiherr von Eskeles** und **S. Brandeis-Weikersheim**<sup>22</sup>.

Die Niederösterreichische Escomptegesellschaft, die nach mehr als achtzig Jahren einer bewegten Existenz in die Credit-Anstalt aufgehen sollte, trat als ein Kreditinstitut ins Leben, das auf dem Prinzip der gegenseitigen Haftung der Kreditinhaber beruhte. Ähnlich konstruierte

<sup>21</sup> Vgl. Fritz G. Steiner, a.a.O., Seite 23 ff.

<sup>22</sup> Unsere Angaben bezüglich der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft sind dem oben zitierten Buch von Fritz G. Steiner entnommen. Vgl. insbesondere Seite 27—37.

Bankunternehmungen waren wenige Jahre vorher in Belgien und Deutschland entstanden, darunter die bekannte Berliner „Disconto-Gesellschaft“, eine Schöpfung des rheinländischen Industriellen und Politikers **D a v i d H a n s e m a n n**.

Die Escomptebank, die mit einem eingezahlten Kapital von 5 Mill. Gld. ihren Geschäftsbetrieb eröffnete, nahm einen raschen Aufschwung. Schon im ersten Geschäftsjahr wurde ein Umsatz von 55 350 Wechseln im Gesamtbetrage von rund 39 Mill. Gld. erzielt. Unzweifelhaft erfüllte das neugegründete Institut ein langgehegtes und dringendes Bedürfnis der Geschäftswelt.

Aber die Struktur des — wie Steiner es ausdrückt — „ganz auf die alleinigen Bedürfnisse des Kreditvereines zugeschnittenen Institutes“<sup>23</sup> war nicht geeignet, jene Umwälzung des Kreditwesens herbeizuführen, die allein den Anstoß für eine rasche Entfaltung des österreichischen Kapitalismus hätte abgeben können. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die österreichische Öffentlichkeit die Crédit-Mobilier-Gründungen des Auslandes mit regem Interesse verfolgte. Zu Beginn des Jahres 1855, noch viele Monate vor der Gründung der Credit-Anstalt, entspann sich eine öffentliche Debatte über die gedanklichen und organisatorischen Voraussetzungen eines österreichischen Crédit-Mobilier, die auch lange nach der Errichtung der Anstalt die Gemüter von Finanzleuten, Journalisten und Nationalökonomern erhitzen sollte.

Die Credit-Anstalt wurde mit dem für die damalige Zeit märchenhaft großen Grundkapital von 60 Millionen Gulden ausgestattet<sup>24</sup>. Über die ursprünglichen Besitzverhältnisse bei der Anstalt gibt es heute, wie die Verfasser der Jubiläumsschrift berichten, keine genauen Aufzeichnungen mehr<sup>25</sup>. Das Haus **R o t h s c h i l d** übernahm wohl als Mitbegründer der Bank eine Kapitalquote von 24 Millionen Gulden, doch wurde später „ein unbekannt hoher Anteil zur öffentlichen Subskription freigeben“<sup>26</sup>. Auch die anderen Gründer, der Prager Bankier **L e o p o l d L ä m e l** und der deutsche Financier **L o u i s v o n H a b e r** (Karlsruhe) sowie einige Mitglieder der österreichischen Hocharistokratie dürften einen mehr oder minder großen Teil ihrer

<sup>23</sup> Bezüglich der Kreise, welche die Dienste der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft in Anspruch nahmen, schreibt die Wochenschrift *Austria* am 31. Oktober 1855: „Die Niederösterreichische Escomptebank ist hauptsächlich zur Erleichterung jenes zahlreichen Teiles der Geschäftswelt gegründet worden, welcher nicht in der Lage ist, mittels bankfähiger Wechsel den Kredit der Nationalbank mehr oder weniger regelmäßig zu benutzen.“

<sup>24</sup> Vgl. **E d u a r d M ä r z**, „Besonderheiten in der Entwicklung des österreichischen Bankwesens“, *Schmollers Jahrbuch*, 77. Jahrgang, 2. Heft, Seite 63.

<sup>25</sup> Ein Jahrhundert Creditanstalt — Bankverein, Seite 14.

<sup>26</sup> *Ibid.* Seite 14.

ursprünglichen Beteiligung dem subscribierenden Publikum zur Verfügung gestellt haben. Zu den führenden Subskribenten gehörten nach den Mitteilungen der Tageszeitungen die österreichischen Finanzleute **Stametz-Mayer, Freiherr von Eskeles, Eduard Wiener, Leopold Eppstein** und **M. L. Biedermann**. Man gewinnt auf diese Weise den Eindruck, daß der weitaus größte Teil des Grundkapitals der Credit-Anstalt aus österreichischen Finanzquellen floß, zumal das Wiener Bankhaus **S. M. von Rothschild** — trotz der vorübergehenden Unterbrechung der Geschäfte im Revolutionsjahr 1848 — schon seit einem Vierteljahrhundert auf dem Wiener Platz tätig war.